

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N.37, Metzger Straße No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutsch. Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Lohnbewegungen und Streiks!

Die Kämpfe in **Hamburg, Lübeck, Bremen, Düsseldorf, Barmen, Remscheid, Offenbach a. M.** dauern noch an und sind im Stadium größter Heftigkeit. Ebenso der Streik in **Amsterdam**.

Näheres in den besonderen Artikeln und im Wochenbericht.

Zuzug nach diesen Orten fernhalten! — Baumschule Paul Hauber in **Tolkewitz bei Dresden** ist gesperrt!

Die Ganz=Schlaunen!

Wenn ein junger Gehilfe, der auf einem ostelbischen Rittergute oder in einem sonst vom modernen Verkehr abgelegenen Gute eben seine Lehrzeit beendet hat, oder ein anderer, der schon ein oder zwei Jahre auf eben so verlorenen Plätzen als Gehilfe gearbeitet hat, sonst aber von den Ideen der Arbeiterbewegung noch garnicht berührt worden ist, an die Hauptgeschäftsstelle oder an eine andre Adresse des A. D. G. V., die ihm durch irgend einen Zufall bekannt wurde, ein Schreiben richtet, in dem er ein Begehren um „Beschaffung einer guten Stelle“ vorträgt und dieses Gesuch mit dem Versprechen schließt, er werde, wenn sein Gesuch Erfüllung findet, dann auch Mitglied des Verbandes werden, so läßt sich zu der aus einem solchen Schreiben erkennbaren Gesinnungsart nicht allzuviel sagen. Ein solcher Kollege darf nur nach den Verhältnissen beurteilt werden, in denen er aufgewachsen und in denen er lebt, also abseits aller Moralanschauungen der Arbeiterbewegung. Für ihn ist die Organisation, an die er sich gewendet, ausschließlich ein Stellenvermittlungsverein. Er weiß aus seinen Verhältnissen heraus, daß der gewerbmäßige Stellenvermittler berechtigt ist, Vermittlungsgebühren zu verlangen. Wenn der betr. Verein nun solche nicht unmittelbar erhebt, so hat er doch wenigstens ein moralisches Anrecht auf eine gewisse Entschädigung, und diese glaubt der Kollege am besten damit zu leisten, daß er als Dank für die erfolgsgekrönten Bemühungen seine Mitgliedschaft in Aussicht stellt. Man muß sagen, so fremd und manchmal direkt abstoßend uns ein derart angebotenes „Geschäft“ auch anmuten mag, — wenn das Angebot von Kollegen der hier eben bezeichneten Art ausgeht, dann sind wir keineswegs berechtigt, uns verächtlich abzuwenden oder diese Kollegen etwa schulmeisterlich abzurüffeln. Sie wußten es bis dahin nicht besser. Unsre Pflicht ist vielmehr, ihnen mit Liebe zu begegnen, sie mit Höflichkeit und Freundlichkeit zu behandeln, sie zunächst zu nehmen wie sie sind und ihnen dann unsre Erziehung zukommen zu lassen. Sie also gewissermaßen wie Kinder zu behandeln nach dem Wort Goethes: „Willst du die Menschen belehren,

mußt du dich zuvor zu ihnen bekehren“. „Zu ihnen bekehren“ heißt: in ihre Gedankenkreise sich zurückversetzen, dort anknüpfen und sie dann gedanklich weiter führen, bis sie gewissermaßen ganz von selbst dann bei uns den geistigen Anschluß finden.

Diese Kollegen sind also ob ihrer Rückständigkeit lediglich zu bedauern. Wie aber steht es mit solchen, die unserm Verbands schon einmal als Mitglied angehört haben, ihn dann aber, wenn es ihnen „besser“ erging, treulos imstiche ließen? Es gibt leider garnicht wenige solcher. Dabei wollen wir die noch ganz außer Betracht lassen, die uns nur Gastrollen von einigen Wochen gaben, die in der Zeit ihrer Mitgliedschaft noch garnicht hinreichend Gelegenheit hatten, die Grundsätze und Ziele der Arbeiterbewegung kennen zu lernen; denn auch diese sind immer noch zu entschuldigen. Wir haben hier nur die andern im Auge, die da wissen, wozu die Arbeiterbewegung da ist und die ihr trotzdem untreu werden, eben darum, weil sie gelegentlich einmal in sogen. bessere Verhältnisse kamen, z. B. eine Guts- oder Villengärtnerstelle erhielten, von der sie annahmen, nun sei für sie ja hinreichend gesorgt. Wir wollen da mal gleich ein eben zur Hand liegendes Beispiel anführen. Aus Westpreußen schreibt ein Kollege:

„Geehrte Herren Kollegen! Als ehemaliges Mitglied des A. D. G. V., dem ich von 1902 bis 1906 angehört habe, erlaube ich mir, einige Fragen an Sie zu richten. Meine Stelle, die ich 1906 antrat, war eine recht gute und glaubte ich, Lebensstellung zu haben. Nach zwei Jahren übte ich sie aber ein infolge eines Streites mit dem Inspektor, der meinen Nachfolger dann mit geringerem Gehalte einstellte. Ich erhielt nun allerdings in nicht allzuweiter Nachbarschaft davon eine neue Stelle, mit dieser ging es zum 1. Oktober 1909 zuende, wieder durch einen Krach, der diesmal in einem Streit der Frau des Inspektors mit meiner Frau seinen Grund hatte. Auch diesmal hatte ich Glück, eine neue Stelle zu bekommen. Aber es ist nicht bis zum Antritt gekommen. Zwei Wochen vor dem Antritt schrieb mir die Herrschaft: „Ich nehme von Ihrem Engagement Abstand.“

(Der Kollege schildert dann ausführlich die näheren Umstände des nunmehrigen Rechtsstreitfalles und ersucht, ihm die erforderliche Rechtsbelehrung zu geben. Dann fährt er fort): Die Sache hat sich bis jetzt (Ende Januar 1910) verzögert und soll am 4. Februar der erste Termin

vor dem Amtsgericht stattfinden, wo mich ein Anwalt auf Armenrecht vertritt; aber ich habe da kein rechtes Vertrauen, denn der beklagte Rittergutsbesitzer ist Amtsvorsteher, Schöffe und bekleidet noch mehrere solcher Ämter. Und einige Herren am Gericht sollen mit ihm verschwägert oder sonst verwandt sein. Auch habe ich zu dem Anwalt kein Vertrauen, denn hier in Ostelbien bilden die Rittergutsbesitzer, Gerichtsherren und sonstige Honoratioren eine Sippe, die zusammen in den Landstädten ihre Wein- und sonstigen Gelagen abhalten. Was soll ich nun tun? Wann wird die Klage zuende sein? Wie wird sie ausfallen? — Es war mir bis jetzt nicht möglich, Stellung zu erhalten, bin also schon seit 1. Oktober arbeitslos und in die größte Not geraten, sodaß ich habe borgen, bitten und oft direkt habe hungern müssen mit Frau und Kind. Werte Kollegen, gebt mir doch irgend einen guten Rat, verschafft mir eine Stelle oder helft mich sonstwie, da ich ja doch schon mal Mitglied war, und werde auch wieder an den Verein denken, wenns mir wieder besser geht. Ich weiß wohl, daß der A. D. G. V. den Grundsatz vertritt: Einer für alle, alle für einen. Aber macht doch, bitte, hier mal eine Ausnahme. Mein Elend ist zu groß.“

Hier haben wir also so eine Art Schulbeispiel von denen, die schon einmal Mitglied waren, die die Organisationsbestrebungen erfaßt haben und dennoch treulos davongelaufen sind, als sie glaubten, es für ihren Teil „nicht mehr nötig zu haben“. Warum denn noch Mitgliedsbeiträge bezahlen, wenn man eine „Lebensstelle“ erlangt hat?!

Eine höchst erbärmliche Moral, die solche Auchkollegen üben. Sie werden nur Mitglied, um die Organisation für sich auszunutzen. Für sie existiert von dem Solidaritätsgrundsatz nur der zweite Teil: „Alle für Einen.“ Und dieser Eine das sind sie selber. Aber „Einer für Alle“ — da schweigt ihr Gewissen; da ist der Eine nicht mehr zu finden, da denkt der Eine bloß noch: „Ich brauche keine Organisation, ich mache doch meinen Lohn.“

Eine ungemein niedrige, eine ganz gemeine und erbärmliche Moral, die da betätigt wird! Und die sie betätigen, halten sich für die Schlauesten der Schlaunen. Wenn sie dann wieder in eine Notlage geraten, dann spekulieren sie auf das Mitleid derer, die etwa helfen könnten; dann erinnern sie sich, daß es einen Verband gibt, der in solchen Fällen zu helfen pflegt, und sie wenden sich an ihn mit der Berufung

gegen jenen, der diese andre Meinung hat. Das ist also der große Unterschied, auf den alles ankommt und den man nie übersehen darf. Die Wahrheit ist terroristisch gegen den Irrtum, aber nicht gegen jenen, der dem Irrtum huldigt.

Der Terrorismus der Wahrheit geht gegen die Sache, nicht gegen die Person.

Welche Schlußfolgerungen ziehen wir daraus? Es ist berechtigter Terrorismus, wenn die Gewerkschaften, die durch lange, opferreiche Kämpfe erlangte Position dadurch zu befestigen suchen, daß sie Unorganisierte zum Eintritt in die Organisation überreden. Ja es ist auch berechtigter Terrorismus, wenn Organisierte verlangen, daß Zugezogene, die zu den Kosten des wirtschaftlichen Kampfes nichts beigetragen haben, nun zu den laufenden Ausgaben beitragen und daß Organisierte sich weigern, mit Raubbeinen zusammen zu arbeiten, wenn deren Einstellung den Zweck hat, die Position der Gewerkschaftler wieder zu verschlechtern.

Nehmen wir einmal eine politische Partei. Diese würde sagen, jede andre Partei ist ebenso wahr und richtig wie ich, ihre Wähler könnten also ebensogut auf jedes andre Parteiprogramm wählen. Eine solche Partei würde Selbstmord begehen, und sie könnte nicht einmal ihre seitherigen Wähler tadeln, wenn diese einer andern Partei ihre Stimme geben wollten.

Keine Partei tut so etwas und kann es tun und es fällt niemandem ein, den Parteien deshalb Terrorismus vorzuwerfen.

Darum hat auch niemand ein Recht, Gewerkschaften einen Terrorismus vorzuwerfen, den wir hier als einen berechtigten bezeichneten; denn dieser ist in Wirklichkeit überhaupt kein Terrorismus, er ist nur eine Ausstrahlung jener Moral, die die Gewerkschaften als Kampforganisationen betätigen müssen. Sie wären sonst nicht wert, überhaupt zu bestehen.

Die „Christen“ auf Mitgliederfang.

Es ist eine ziemlich alte und immer wieder neu angewendete Methode derer, die sich „christliche“ Gewerkschaft nennen, dann in einem Orte mit der Agitation einzusetzen, wenn die freien Gewerkschaften in einer Lohnbewegung unterlegen sind. Dieses ist gegenwärtig im Mansfelder Bergrevier zu beobachten. Gleich, nachdem der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband den großen Streik hatte einstellen müssen (man erinnert sich, daß zur Niederwerfung sogar Militär verwendet wurde; vor den Schächten wurden Maschinengewehre aufgeföhren), siedelte der „Gewerkverein

Obermedizmann von Timbutku umtanzt und eingeweiht und übertreffen sowohl an Eleganz der Ausführung wie an Verlässlichkeit der gegenreichen Wirkung alles bisher Dagewesene. — Garantie: Geld zurück, wenn bei inbrünstiger Anbetung unsrer Okimbetes von 9 Dollars aufwärts nicht binnen acht Tagen ein ausgiebiger Regenguß erfolgt.“

An unser Volk!

Von Arno Holz.

Das Herz entflammt, das rote Banner schwingend,
Den nackten Flammberg in der nackten Hand,
So wandern wir, von deiner Zukunft singend,
Der Freiheit Söhne, durch das Land.

Nicht deine Götter wollen wir erschlagen,
Die fallen, wenn sie morsch, von selber um;
Doch deine Seele soll sich blutig fragen
An unserm Aufrufwort: Warum?

Warum du hungerst und warum du dürstest,
Warum du schweißtriefst und warum du frierst,
Warum du hündisch deine Pein'ger fürstest,
Warum du frömmelnd dich vertierst!

Weh, dreimal Wehe, wenn am Tag der Iden
Der Kelch des Zorns dann blutig überschäumt
Und jener goldne Traum von einem ewigen Frieden
Umsonst geträumt!

der christlichen Bergarbeiter“ im Bezirk einen Sekretär an, ohne daß Mitglieder vorhanden waren. Am 13. März gab nun in Eisleben Franz Behrens eine erste Vorstellung, über die die „Bergarbeiter-Zeitung“ folgendes berichtet: Herr Behrens wollte über die Lage der Mansfelder Bergarbeiter reden, wenigstens war das Thema so angekündigt worden. Aber er ließ diese Tagesordnung fahren und begab sich auf den schlüpfrigen Weg, den christlichen Gewerkverein als die „einzige richtige Organisation“ den Mansfelder Knappen zu empfehlen. Daß das nicht so leicht ist, mußte der Versammlungsleiter Walter gleich bei Eröffnung der Versammlung erfahren. Mit kräftigem „Glück auf“ begrüßte er die zahlreich erschienenen Knappen, aber als er auf den Gegengruß wartete, wartete er vergebens! Immer aber ließ man ihn sein Einleitungssprüchlein ruhig hersagen. Herr Behrens hingegen mußte bald spüren, daß er sich an den unrechten Platz begeben hatte. Seine Ausführungen, die sich vornehmlich um die bekannten Weltanschauungspredigten drehten, stießen auf heftigen Widerstand der Versammelten. Große Heiterkeit setzte ein, als Franz Behrens mit treuherziger Miene der Versammlung erzählte, daß der christliche Gewerkverein sich gern schon früher (noch ehe der Streik einsetzte) um das Mansfelder Gebiet gekümmert hätte, aber der Gewerkverein habe befürchtet, daß es bei der schlechten Lage der Mansfelder Knappen zu einer Lohnbewegung hätte kommen können!!! Also blieb der christliche Gewerkverein solange weit ab vom Schuß, bis sich die Mansfelder Knappen mit Hilfe des Verbandes ihre Rechte zu wahren suchten. Jetzt, nachdem die erste Schlacht geschlagen, das Koalitionsrecht erzwungen, glaubt der Gewerkverein seine Zeit für gekommen, das Schlachtfeld abzusuchen nach Art der Schlachtfeldhyänen. Behrens meinte, daß er den Verband ja grade nicht beseitigen und bekämpfen wolle. Nur wolle der Gewerkverein alle solche Knappen unter seine Fahne scharen, die sich zu dem M.-Glabbacher Christentum bekennen. Um es soweit zu bringen, verlegte sich Fränzchen schon in seiner Rede auf die Bekämpfung der freien Gewerkschaften. Ihm wurde daher von Pokorny, der als Diskussionsredner sich gemeldet hatte, heimgesetzt. Nicht minder ging ein höherer Lehrer und Akademiker aus Eisleben mit Behrens ins Gericht. Es sei ein Skandal, meint der Lehrer, daß die Religion von der Zentrums- und von den christlichen Agitatoren in die Arena der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gezerzt würde. Die Religion sei zu heilig, als daß sie so mißbraucht werden darf, wie es durch Behrens und seine Freunde geschieht!! Herr Behrens und seine Freunde hätten auch allzuoft ihre Pflichten der Arbeiterklasse gegenüber vergessen, indem sie den Junkern Gefolgschaft geleistet hätten in der Frage der Verteuerung der Lebensmittel! Behrens und Herr Walter suchten darzulegen, daß die Fragen der Steuern politische Fragen seien. Jedenfalls meinten die beiden, so am besten um die Erörterung dieser heiklen Frage herumzukommen. Unter stürmischem Jubel der Versammelten zerstaute Kamerad Pokorny auch dieses Argument der „Christlichen“. Ruhig und schonungslos zeigte unser Kamerad, wie jeder denkende Arbeiter alle Ursache hat, den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern mit größtem Mißtrauen zu begegnen. Herr Behrens fühlte wohl selbst, daß so etwas wie eine moralische Abschächtung über ihn und seine Freunde gekommen war, denn er fing ganz entgegen seiner sonstigen Natur an, recht nervös zu werden. Seine hochgradige Erregung stieg noch, als er das Schlußwort nahm und ihm von allen Seiten zugerufen wurde, aufzuhören! Als er es dennoch nicht tat, zog fast die ganze Versammlung es vor, abzugehen. Nur einige Geduldige hielten bis zum Schluß aus. Dafür bekamen sie vom 30000 Mark-Flugblatt zu hören, von M.-Glabbacher Zitaten u. a. m. In zehn Minuten war Behrens fertig und die letzten Zehn der Versammlung waren erlöst. Draußen aber war man sich einig, daß Herr Behrens es zu einer zweiten Auseinandersetzung wie diese nicht mehr kommen lassen wird. Wurde doch den Mansfelder Bergarbeitern gezeigt, wie sehr sie sich und zwar mit Recht, den christlichen Gewerkverein im Mansfelder Revier vom Halse zu halten haben. Und das dieses geschieht, dafür besteht für uns kein Zweifel.

II.

Über einen andern Vorgang, der nicht minder interessant ist wie der eben geschilderte, berichtet die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“.

Seit zwei Jahren schon hatten die Christlichen in Bernsdorf (Oberlausitz) einen Sekretär stationiert

mit der Aufgabe, den Boden zu beackern. Aber es wollte nichts werden.

Am 20. Februar sollte deshalb zum entscheidenden Schlage ausgeholt werden. Zu diesem Zweck hatte der Herr Sekretär eine öffentliche Versammlung einberufen und sich dazu den Reichstagsabgeordneten und Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, den Gärtner Franz Behrens, als Referenten verschrieben. Großer Jubel herrschte darüber unter den Bernsdorfer Unternehmern und Spießbürgern. Das Bernsdorfer Winkelblättchen selbst war entzückt, weil ein leibhaftiger Reichstagsabgeordneter den Bernsdorfer Arbeitern über die Notwendigkeit der „christlichen“ Arbeiterbewegung Vortrag halten wolle. „Es ist bezeichnend“, schrieb das Blättchen, „daß sich Herr Behrens bereit erklärt hat, einmal in der Oberlausitz reden zu wollen.“ In allen Fabriken hatten die Unternehmer ihre Arbeiter durch Anschlag darauf hingewiesen, diese Versammlung zu besuchen. Die Versammlung war außerordentlich stark besucht, die Unternehmer selbst waren vollzählig angetreten, Pastoren, Lehrer und Beamte der Unternehmer. Ja, selbst der Herr Landrat hatte die „rettende Tat“ der „Christlichen“ durch persönliches Erscheinen unterstützt. Wahrlich, eine so gemischte Gesellschaft hat sich wohl selten in einer Versammlung, in der über die Arbeiterbewegung gesprochen werden sollte, zusammengefunden. Bei der Eröffnung gab es eine kleine Überraschung. Der Herr Sekretär war in tausend Angsten! Herr Behrens — der Held des Tages — war nicht erschienen, er war unterwegs irgendwo stecken geblieben. Ein Telegramm kündigte an, wo Herr Behrens zu finden sei. Der Besitzer der Bleiweißhütte, Herr Dudeck, schickte sofort sein Automobil aus, um den so sehnsüchtig erwarteten „Arbeiterführer“ herbeizuholen. Eine zweite Überraschung folgte: Bei der Bürowahl wurde der Kollege Zernicke (Berlin) mit vorgeschlagen und ohne Widerspruch gewählt. Endlich, nach stundenlangem Warten, brachte das Automobil des Herrn Dudeck den Referenten Behrens zur Stelle. Herr Behrens entschuldigte sich, aber er habe „einen falschen Bahnhof erwischt“. Dann ließ er „die Bedeutung“ und die „gewaltigen Erfolge“ (??) der „christlichen“ Gewerkschaften Revue passieren. Nach Herrn Behrens sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Schlepptau und unter der Fuchtel der sozialdemokratischen Partei und deshalb schuld daran, daß die Kluft zwischen Arbeiter und Unternehmer noch nicht überbrückt ist. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften inszenieren mutwilliger- und leichtfertigerweise Streiks, nicht etwa, um die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder zu wahren, sondern lediglich deswegen, um das Dogma der Sozialdemokratie hochzuhalten. Dadurch würde die Arbeiterbewegung von dem Wege, mit den Unternehmern im Frieden auszukommen, abgedrängt. Der Politik der Negation, die die Sozialdemokratie seither betrieben habe, habe es die Arbeiterschaft zuzuschreiben, daß die Unternehmer und die Regierung den Arbeitern nicht mehr entgegenkommen. Die deutsche Sozialpolitik, die Behrens als die beste der Welt hinstellte, hätten die deutschen Arbeiter lediglich dem „vernünftigen“ Vorgehen der „Christlichen“ zu verdanken. Die Kolonialpolitik Deutschlands sei unbedingt im Interesse der Arbeiterschaft gelegen. Wo sollte denn Deutschland die Rohstoffe, ganz besonders die Baumwolle, herbekommen, wenn wir keine Kolonialpolitik treiben würden? „Meine Herren, wir, die Christlichen, stehen auf dem Standpunkt, daß die heutige Gesellschaftsordnung die richtige ist. Wir müssen Unternehmer haben, wir müssen Kapitalisten haben, sonst gibt es keine Industrie. Der Zukunftsstaat der Sozialdemokratie ist eine Illusion, an die die Sozialdemokraten selber nicht glauben.“ Herr Behrens schilderte dann, wie es im sozialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen würde. (Obgleich es eine Illusion ist und die Sozialdemokraten selber nicht an den Zukunftsstaat glauben, weiß Herr Behrens doch seinen Zuhörern auseinanderzusetzen, wie es im Zukunftsstaat aussehen wird. Mehr kann man wohl nicht verlangen. Der Berichterstatter.) In der Diskussion sprach zunächst unser Kollege Zernicke. Er war mit Behrens darüber einig, daß die Arbeiterorganisationen notwendig seien. Herr Behrens habe aber den wichtigsten Punkt, die privatkapitalistische Produktionsweise völlig außer acht gelassen. Der Redner wies dann Schlag auf Schlag nach, daß die Argumentation des Herrn Behrens auf völlig falschen Voraussetzungen aufgebaut ist. Die heutige Gesellschaft verschärfe den Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Genau so, wie sich die einzelnen bürgerlichen Berufe (Ärzte, Anwälte usw.) zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu-

sammenschließen, wie die Unternehmer fester und fester ihre Organisationen ausbauen, müssen das die Arbeiter tun. Zernicke zerzauste die Ausführungen des Referenten erbarmungslos. Wollen die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Interessen wahren und schützen, dann können sie das nur in Organisationen, die sich nicht im Schlepptau der Unternehmer befinden. Die Zusammensetzung der heutigen Versammlung beweise mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmer als Schützlinge der „christlichen“ Gewerkschaften aufgerufen werden. Eine Arbeiterorganisation, die ihrer Aufgabe gewachsen sein will, kann und darf sich unmöglich den Unternehmern an die Brust werfen. Die Arbeiter seien daher gemahnt, sich diese Freundschaft etwas genauer anzusehen. Der Beifall, der dem Kollegen Zernicke gesendet wurde, bewies, daß er die Versammelten mit Ausnahme der von den Christlichen besonders geladenen Gäste, auf seiner Seite hatte. Um noch zu retten, was zu retten war, sprang der Herr Landrat in die Bresche. Er beteuerte seine besondere Teilnahme an den Leiden der Arbeiterschaft, warnte aber davor, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Arbeiter und Unternehmer gehören zusammen, wie in einer Familie. Die Unternehmer schaffen für die Arbeiter Arbeitsgelegenheit und damit das Brot. Die Sozialdemokratie treibe ein schlechtes Spiel mit den Arbeitern, sie säge den Ast ab, auf dem die Unternehmer und Arbeiter unter dem Schutze der deutschen Monarchie in trauter Gemeinschaft sitzen. „Meine Herren! Wenn dieser Ast abgesägt ist, dann purzeln beide herunter, und wer unten liegen wird, das weiß noch niemand. Die Sozialdemokratie wird daneben stehen und sich ins Fäustchen lachen. Die Arbeiter sind dann aber die Geschädigten. Schließen sie sich daher den christlichen Gewerkschaften an.“ Nach dem Herrn Landrat kam der Fabriksbesitzer Herr Dudeck an die Reihe. Er blies selbstverständlich in dasselbe Horn. Die Unternehmer seien „Freunde“ der Arbeiter. Die Arbeiter hätten aber die Pflicht, diese Freundschaft der Unternehmer mit dem Beitritt in die „christlichen“ Organisationen zu belohnen. Herr Behrens benutzte im Schlußwort die Liebesbeteuerungen der Unternehmer und des Landrats für die „Christlichen“ zu heftigen Ausfällen auf die Sozialdemokratie. Diesen Ausfällen gegenüber demonstrierten die Versammelten damit, daß sie zu vier Fünftel den Saal verließen und Behrens mit seinen Schützlingen aus dem Unternehmerlager allein ließen. So endete der große Tag, der als Einzugsstag der Christlichen in der Oberlausitz gelten sollte. Klar und deutlich ist hier aber der Beweis erbracht worden, daß die Christlichen die Gnade der Unternehmer erleben.“

*

Unsre Leser tun gut, sich diese Sachen zu merken.

Staatsbetriebe — Musterbetriebe.

Dem „Hessischen Volksfreund“ vom 3. März entnehmen wir folgenden Artikel:

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß das Kost- und Logiswesen in seiner heutigen Gestalt nichts anderes als ein Ausbeutungsinstrument darstellt. Als Ausbeutungsinstrument müssen wir auch den Kost- und Logiszwang, dem das Personal der Groß- Erziehungsanstalt für blödsinnige Kinder, dem „Alicestift“ zu Darmstadt, unterworfen ist, betrachten. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß in diesem Staatsbetriebe auf Kosten der Lebenshaltung der Angestellten (mit Ausnahme der Beamten) gespart wird.

Die Qualität der verabreichten Lebensmittel ist eine minderwertige. Durch den Umstand, daß sämtliche Lieferungen von Brot, Fleisch, Wurst usw. auf dem Wege der öffentlichen Ausschreibung (Submission) vergeben werden, stellt man ja ohnehin keine große Anforderungen an die Qualität dieser Sachen. Aber ein solches Futter, wie es das Personal dieser Anstalt in Gestalt von Lebensmitteln zuweilen vorgesetzt bekommt, verdient als gesundheitsschädlich bezeichnet zu werden. Da ist in erster Linie eine mehr als zweifelhafte Wurst, die besonders kritisiert werden muß. Die Blutwurst hatte wiederholt einen üblen Geruch; dann hat letztere in den meisten Fällen ein so ekelhaftes Aussehen, daß nicht wenige vom Personal auf den Genuß dieser Wurst verzichten. Dann diese mehkleisterartige Fleischwurst, häufig so ekelhaft und schmierig, daß selbst Anstaltszöglinge, denen man diese Wurst anbot, dankend ablehnten. Das Brot ist zuweilen so naß und klumpig, daß einem nach dem Genuß desselben zumute ist, als ob man Schmierseife gegessen hätte.

Das Ochsenfleisch? Wir wollen anerkennen, daß letzteres seit der Lieferungsvergebung vom 1. November 1909 nicht mehr gerochen hat. Es ist aber zu wertvoll, um unerwähnt zu bleiben, daß wir in den Monaten September und Oktober wiederholt gradezu ekelhaft riechen des Fleisch vorgesetzt bekommen haben. Dann wird wohl auch niemand behaupten wollen, daß dieses strohige Ochsenfleisch (?), das es mit Ausnahme des Sonntags, Mittwochs und Samstags gibt, als Nahrungsmittel in Betracht kommt. Das Schweinefleisch, das Mittwochs serviert wird, war auch schon derartig, daß selbst Anstaltszöglinge, die am Mittwochs-Mittagstisch teilnahmen, nichts davon genossen haben.

Der Küchensettel scheint auf Jahrzehnte hinaus festgelegt zu sein. Wenn man zufällig einmal nicht weiß, an welchem Wochentag man lebt, dann braucht man nur das Mittagessen im „Alicestift“ anzusehen. Gibt es Bohnensuppe mit Blutwurst, dann ist es bestimmt Samstag. Dann diese jammervolle Zubereitung der Speisen! Aber auch rein gar keine Sorgfalt wird in dieser Hinsicht verwandt. Auch kann von einer sauberen Zubereitung nicht gesprochen werden. Wird Gemüse geputzt, kommt es auf einen faulen Brocken mehr oder weniger nicht an. Die Äpfel, die für Apfelmus bestimmt sind, werden nicht geschält; mit „Dreck und Speck“ gekocht, werden sie in Gestalt von Apfelmus dem Personal und den Zöglingen serviert. Wir wollen hier nicht den ganzen Küchensettel aufzählen. Aber einige Stichproben können wir uns nicht versagen. Mittwoch abend: Kartoffeln in der Schale, zweifelhafte Blutwurst, dito Brot und Kaffee. Samstag abend: 1 Handkäse, etwa 15 g Butter, Brot und Bier.

Und die Anstaltsleitung, dargestellt von den Herren Keller und Kötter! Wie verhält sich diese derartig skandalösen Zuständen gegenüber? So passiv wie möglich! Herr Inspektor Keller hat selbst ausgesprochen, daß die Wurstlieferung in andere Hände gehört. Trotzdem ein gradezu beispelloser Zeug von Wurst geliefert wurde, hat man am 1. November 1909 dem alten Lieferanten die Lieferung aufs neue übertragen! Die Herren Keller und Kötter wußten ganz genau, wie die Wurst zuweilen beschaffen war. Den beiden Herren sind auch häufig genug Beschwerden des Personals zu Ohren gekommen. Das Traurigste an der Sache ist aber noch, daß genannte Herren häufig zweifelhafte Wurst selbst abgenommen haben. Vielleicht beantwortet Herr Kötter einmal die Frage, wie es denn kommen kann, daß so scheußlich stinkendes Fleisch, wie es in den Monaten September und Oktober einige Male serviert wurde, überhaupt abgenommen wird. Herrn Kötter wäre es ein leichtes gewesen, derartiges zu verhindern, da er als Rechner und Okonom die Kontrolle über sämtliche Lieferungen zu führen hat. „Das Personal scheint beinahe der Meinung zu sein, daß die Beamten mit den Lieferanten unter einer Decke stecken.“ So antwortete einmal Herr Inspektor Keller auf eine erneute Beschwerde. Wir wollen einen derartig schweren Vorwurf nicht erheben. Nur sei nochmals gesagt, daß beide Herren für die berechtigten Beschwerden des Personals taube Ohren hatten. Bestenfalls hat Herr Inspektor Keller nach einem Entrüstungsrummel für ein paar Tage die Amtsmiene aufgesetzt. Dann ging wieder im alten Schlandrian weiter. Die Herren kennen eben nur Pflichten des Personals, aber keine Rechte. Muß es nicht gradezu als haarsträubend bezeichnet werden, wenn man dem Wärterpersonal, das in der Zeit der Heuernte von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr tätig sein muß, Vorhaltungen macht, es seien an einem Tage einige Brote mehr als sonst verbraucht worden? Bei einer derartig miserablen Kost ist es natürlich kein Wunder, wenn man sich den Magen verdirbt. Verdorbene Magen sind auch unter dem Anstaltspersonal nichts seltenes.

Das Ganze wirkt noch empörender, wenn man bedenkt, daß derartig skandalöse Zustände in einem Institut vorherrschend sind, das nach außen den Deckmantel der christlichen Nächstenliebe trägt. In letzter Zeit hat man sich ja dazu verstanden, noch eine Sorte Wurst zu verabreichen, die ein etwas besseres Aussehen hat. Letztere gibt es jede Woche einmal (Donnerstags). Diese kleine Besserung dürfte wohl auf einen kleinen Wink von „oben“, veranlaßt durch einen informierten Landtagsabgeordneten, zurückzuführen sein. Damit ist nun allerdings dem Übel nicht abgeholfen. Es muß vor allen Dingen mit dem vorherrschenden Sparsystem gebrochen werden. Da darf man es der Köchin nicht zur moralischen Pflicht machen, mit 10 Pfund Fett vier Wochen lang auszukommen. Für 185 Zöglinge und 32 Köpfe Personal ist das

entschieden zu knapp. Mag Herr Kötter, der als Rechner das größte Interesse an einer sparsamen Wirtschaft hat, sparen soviel er Lust hat, nur nicht auf Kosten der Lebenshaltung der Angestellten. Das Personal der Anstalt würde gut tun, nicht nur die Faust in der Tasche zu ballen, sondern offen und wichtig gegen eine derartige Herabdrückung seiner Lebenshaltung zu protestieren. Möge der Protestruf all denen, die da „sparen“ wollen, in die Ohren klingen auf Wochen hinaus.

Der Anstaltsleitung sei an dieser Stelle mit allem Nachdruck gesagt, daß der permanente Gärtnerwechsel nicht eher ein Ende haben wird, bis die Beseitigung des Kost- und Logiszwangs erfolgt ist.

Über die Gärtnerei im städtischen Krankenhause in Offenbach a. M.

Wer einmal Gelegenheit nahm, als Gärtner im städtischen Krankenhause zu Offenbach um Arbeit nachzufragen, wird Betrachtungen darüber anstellen dürfen, inwieweit städtische Betriebe Musterbetriebe sind. Zunächst wird eine gründliche Untersuchung der Papiere des sich um Arbeit bemühen Mannes vorgenommen. Das genügt aber noch lange nicht: Erst wenn die Erkundigungen bei den Behörden zugunsten des Arbeitssuchenden ausgefallen, wird die Annahme perfekt. Die erste Arbeit besteht im Durchstudieren und Unterschreiben der Hausordnung. Im Stile der Befehle für Strafgefangene ist vorgeschrieben, daß der Arbeiter morgens um 1/2 6 Uhr aufsteht, sich wäscht, vollständig anzieht, sein Bett macht usw. Im Schlafrum darf überhaupt nicht (einverstanden, d. Red.) und im Aufenthaltsraum erst nach 8 Uhr abends geraucht werden. Speisen und Getränke dürfen nicht aufbewahrt und nicht von außerhalb eingeführt werden. Alle 14 Tage ist ein Sonntagnachmittag frei und zwar von 1 bis 11 Uhr abends. Wer sonst ausgehen will, bedarf dazu besonderer Erlaubnis. Den Schlafrum teilt der Gärtner mit 5 Hausburschen. Die letzteren werden öfters nachts geweckt, um Hilfe zu leisten, und der Gärtner wird mit wach. Im Sommer ist das Ungeziefer in großen Scharen anzutreffen und sorgt für die nötige Unterbrechung der Nachtruhe.

Den Arbeitern sind die Verhältnisse zum großen Teil bekannt, sie reißen sich darum nicht besonders um Anstellung im städtischen Krankenhause zu Offenbach. Aber auch die Verwaltung scheint die Mißstände zu kennen. Sie bemüht sich darum, durch allerhand „Wohltaten“ die Gärtner an das Institut zu fesseln. So erhält jeder nach einjähriger Tätigkeit bei guter Führung 60 Mark als Prämie ausgezahlt. Viel wird dadurch allerdings nicht erreicht. Nun werden aber auch dem neu Eintretenden die Papiere einbehalten, „zum Zwecke einer guten Aufbewahrung“ sagt man. Die Arbeiter sind der Auffassung, es geschehe, um zu verhindern, daß sich jemand um eine andre Stelle bewirbt, ohne daß es die Verwaltung erfährt.

Im ganzen sind die geschilderten Verhältnisse als menschenunwürdig zu betrachten. Für Gehilfen von 30 Jahren ist es gradezu eine Beleidigung, sie in der Art unter Kuratel zu stellen, wie es in der Hausordnung und auch im übrigen geschieht. Daß auch das übrige Personal unter denselben, teilweise noch schlechteren Verhältnissen leidet, sei nur nebenbei erwähnt. So weit die Gärtner in Frage kommen, sei hier die Frage verstatet, ob es denn so unbedingt nötig ist, dieselben unter dem Kost- und Logiszwang zu halten? Steht die Verwaltung des städtischen Krankenhauses auf dem Standpunkte sozial rückständiger Handwerksmeister, die da meinen, Gehilfen in Kost- und Logiszwang besser ausbeuten zu können? Werden die Leute im Hause beköstigt und beherbergt, damit man für Überstunden und Sonntagsarbeit Bezahlung nicht zu leisten braucht? Oder besteht die Beschränkung der persönlichen Freiheit, weil die Verwaltung der Ansicht ist, Gärtnergehilfen gehörten zum „Gesinde“?

Auf alle Fälle sind die Verhältnisse einer gründlichen Reform dringend bedürftig. Es dürfte im Interesse des Ansehens einer städtischen Anstalt und weiter im Interesse des Betriebes selbst liegen, wenn Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, die dem Geiste der Neuzeit entsprechend als menschenwürdig bezeichnet zu werden verdienen.

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein
Verwaltungsstelle Offenbach a. M.“

Zu der Schilderung bemerkt das „Offenbacher Abendblatt“, dem wir diese entnehmen: Die Verwaltung des Krankenhauses hat sich weitestgehende Autokratie gewahrt. In einer Sitzung der Stadtverordneten wurde bereits früher angeregt, die Gärtnerarbeiten im Krankenhause von der Stadt ausführen zu lassen. Der Bürgermeister bemerkte

damals, die Krankenhausverwaltung habe sich ihre Rechte in weitestem Maße gesichert, sie lasse sich nicht hineinreden und bilde sozusagen einen Staat im Staate. Die Zuschrift des Gärtnervereins sollte dem zuständigen Ausschuß aber doch Veranlassung geben, sich mit den Verhältnissen, wie sie hier geschildert wurden, zu befassen.

Noch einmal: „Die Entwicklung der Lohnverhältnisse der Gärtner in den Kranken- und Irrenanstalten in Hamburg.“

In der „Gewerkschaft“, dem Organ des Verbandes der Gemeindearbeiter, unternimmt Schönberg abermals eine Ehrenrettung seiner werten Person, die sich würdig seinen früheren Leistungen anschließt. Er gibt zu, wider besseres Wissen unwahre Behauptungen aufgestellt zu haben, fügt jedoch sofort wieder neue Unwahrheiten hinzu.

Ich halte es nicht der Mühe wert, auf diese neuen Schönberg'schen Behauptungen einzugehen und sie zu widerlegen.

Schönberg ist mir gleichgültig und interessiert mich nicht, und der Raum unsrer Zeitung ist zu schade, um auf sein Geschreibsel einzugehen. Mag „Er“ uns weiter anbellern, uns macht es nur Vergnügen.

Das bleibt bestehen, was in meinen diesbezüglichen Artikeln in den Nummern 50 und 3 unsrer Zeitung steht, das sind die Tatsachen; alles andre ist Flunkerei.

Und damit — Schluß in dieser Sache.

— s., Hamburg.

Zum Tarifvertrag in der Hamburger Landschaftsbranche.

Das Handelsblatt f. d. d. G. vom 2. April bringt folgende Nachricht:

„Der Tarifvertrag der Landschaftsgärtner ist in einer Generalversammlung der Vereinigung der Landschaftsgärtner von Hamburg, Altona, Wandsbek u. Umgegend angenommen worden. In dieser Generalversammlung waren 18 Mitglieder der Vereinigung anwesend; davon stimmten 14 für Abschluß des Tarifvertrages, 3 dagegen, und einer enthielt sich der Abstimmung. Die Vereinigung der Landschaftsgärtner ist durch verschiedene Ursachen, sowie namentlich durch Abschluß dieses Tarifvertrages auf ein Minimum zusammengeschnitten. Auf dem Papier stehen noch 50 Mitglieder, in Wirklichkeit werden es aber keine 30 mehr sein; hierzu kommt noch, daß eine Anzahl Mitglieder dabei ist, die teilweise ohne Personal arbeiten, oder nur ein oder zwei Mann beschäftigen. Wie sich die Angelegenheit weiter entwickeln wird, ist noch nicht vorzusehen. Infolge des milden Winters ist die meiste Arbeit schon getan, sodaß eine große Störung nicht eintreten kann.“

Wir erachten es als unsre Pflicht, diesen Bericht unsern Lesern sofort zur Kenntnis zu geben und daran einige Bemerkungen zu knüpfen, denen wir aber vorausschicken, daß wir uns in der Sache bisher mit den Hamburger Kollegen noch nicht ins Benehmen gesetzt haben, demzufolge das hier zu Sagende vorläufig nur als die Ansicht der Redaktion der Allg. D. Gtztz. in Frage kommt.

Der Handelsblatt-Bericht entstammt aller Wahrscheinlichkeit nach der Feder des Herrn Heinrich Lund in Hamburg, des langjährigen Hamburger Vertrauensmannes im Verbands der Handelsgärtner Deutschlands. Herr Lund ist unsres Wissens derjenige gewesen, der während den Tarifverhandlungen aus jener Vereinigung ausgetreten ist und war bei Unterzeichnung des Vertrages der einzige Ausgetretene. Es liegt Grund vor, anzunehmen, daß Herr Lund unter dem Einfluß des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands seinen Austritt vollzogen hat und unter dem gleichen Einfluß auch auf andre Unternehmer gegen die Tarifgemeinschaft eingewirkt hat. Der Handelsblatt-Bericht läßt ganz deutlich erkennen, wie in den Mitteilungen der Wunsch des Berichterstatters den Bericht gefärbt hat. Denn wie auch sonst die Situation in der „Vereinigung der Landschaftsgärtner von Hamburg, Altona, Wandsbek u. Umgeg.“ sein möge, so grau kann sie unmöglich sein, daß bereits seine unmittelbare Auflösung bevorstehe, wie der Bericht zwischen den Zeilen lesen läßt.

Aber immerhin: etwas wird an der Sache sein. Wir erinnern uns, daß schon im Monat Februar Gerüchte kolportiert wurden, die von einer Mitgliederflucht aus der „Vereinigung der L.“ sprachen. Als eine Art Stimmungsbild kommt der

Handelsblatt-Bericht also zweifellos in Frage. Man kann sich auch leicht vorstellen, wie solche Stimmung entstanden ist und sich weitverbreitet hat. Zunächst haben die passionierten Scharfmacher mobil gemacht, und diese erhielten dann Zuwachs von jenen, die über ihre vier Pfähle nicht hinausblicken vermögen, die sich tatsächlich einbilden, sie wären „billiger“ weggekommen, wenn sie sich hätten bestreiten lassen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß bei entsprechender Hetze und Scharfmacherei die Zahl der Unwilligen und Gegner der Tarifgemeinschaft sich vermehrt und daß sich entsprechende Austritte aus der „Vereinigung“ vollziehen werden. Und vielleicht könnte dadurch die „Vereinigung“ zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, vielleicht gar zur Auflösung kommen. Was aber wäre denn dann Schreckliches für uns geschehen? Und inwiefern könnten die Scharfmacher triumphieren?

Wir sind noch niemals Verhimmelnder der Tarifverträge gewesen und unsre Hamburger Kollegen erst recht nicht. Wenn also infolge der angedeuteten Umstände der Tarifvertrag zusammenkrachen würde, na, dann wäre er eben flöten. Die Unternehmer hätten dann den Beweis geliefert, daß sie für ein Tarifvertragsverhältnis noch nicht reif sind. Der Waffenstillstand wäre damit zuende und die Kräfte frei für den Kampf, an den sie ja immer geübt waren. Und der Gewinn der Unternehmer? Wir vermögen keinen zu sehen. Von den bisher schon tariflich anerkannten Lohnsätzen ließen sich unsre Kollegen bestimmt keinen Pfennig rauben. Aber es wäre sehr möglich, daß sie bei passender Gelegenheit diese Sätze noch zu erhöhen vermöchten.

Unsre Hamburger Kollegen haben sich bisher immer auf ihre eigene Kraft verlassen; das werden sie auch künftighin. Sie waren es nicht, die den Vertragsschluß angeboten haben den haben die Unternehmer selbst angeboten, und sie boten ihn an, „um endlich einmal mit ihren Leuten zur Ruhe zu kommen“, und um für ihre Aufträge „sichere und feste Kalkulationsunterlagen zu erhalten“. Machen jetzt gewissenlose Scharfmacher im Verein mit Kirchturmspolitikern das Werk wieder zunichte, dann werden sie auch die Verantwortung dafür zu tragen haben, die Verantwortung in jeder Hinsicht!

Unsre Kollegen im Lande dürfen sich beruhigen, da sie auf ihre Hamburger Kollegen vertrauen können; denn die kennen zu gut die Mahnung: Bereit sein ist alles. Und darum stehen diese auch selbst während eines Waffenstillstandes stets mit Gewehr bei Fuß. Und das sollen (so wollen wir gleich hinzufügen) die Kollegen auch an andern Orten, denn sie haben dazu noch viel mehr Ursache.

Verlauf und Ergebnis der Lohn- und Streikbewegung in Nürnberg.

In Kürze ist bereits vor acht Tagen ein Bericht gegeben. Es ist aber notwendig, noch ausführlicher zu berichten. In Nummer 13 haben wir die erhobenen Forderungen abgedruckt, auf die hiermit verwiesen wird. Da die Unternehmer eine körperliche Verhandlung (von Organisation zu Organisation) strikte abgelehnt hatten, so erfolgte am 22. März, ohne vorausgegangene Kündigung, geschlossen die Arbeitsniederlegung, an der 84 Kollegen beteiligt waren, während 12 Mann, deren Firmen die Forderungen bewilligt hatten, ungestört weiterarbeiten konnten und etwa 20 Mann als Arbeitswillige stehen geblieben waren.

Das war ein Ereignis, das Nürnberg von Gärtnern bisher noch nicht erlebt hatte, und es kam den Gärtnereibesitzern vollständig überraschend, die nun auf einmal Zeit und Muße fanden, sich als Gesamtheit mit der Sache zu beschäftigen, was sie vordem abgelehnt hatten. Sie kamen gleich am ersten Streiktag, am 22. März, in der Zahl von 33 Mann zusammen, und das Ergebnis ihrer Beratungen war zunächst die Gründung einer „Sektion der Arbeitgebervereinigung deutscher Handelsgärtner“ (Scharfmacher). Und als erster Beschluß wurde der folgende gefaßt, den alle 33 Mann unterzeichneten:

1. Die umstehend Verzeichneten bilden die Sektion Nürnberg-Fürth der Arbeitgebervereinigung für deutsche Handelsgärtner.

2. Jeder Einzelne erklärt sich mit der Antwort einverstanden, welche die Gruppe Nürnberg-Fürth auf den übersandten Lohnantrag an die Lohnkommission der Nürnberger Arbeitnehmer gegeben hat.

3. Jeder Einzelne verpflichtet sich, nicht mit der obengenannten Lohnkommission zu verhandeln.

4. Jedem Einzelnen bleiben die Verhandlungen mit seinem eigenen Personal überlassen.

5. Jeder Einzelne verpflichtet sich, während der Dauer des Ausstandes Gehilfen, welche in andern Gärtnereien die Arbeit niedergelegt haben, nicht einzustellen und infolge einer Täuschung eingestellte Gehilfen sofort wieder zu entlassen.

6. Wer gegen diese oben angeführten Vereinbarungen verstößt, verpflichtet sich durch die beistehende Unterschrift, eine Konventionalstrafe von Mk. 100, in Worten Einhundert Mark, an die Kasse der in Satz 1 bezeichneten Sektion zu bezahlen.

Nürnberg, 22. März 1910.

Hoffmann, Christ. — Hofmann, Sebastian. — Bierbaum, Friedrich. — Jack, Ernst. — Schuler, Eugen. — Dorn, Josef. — Dippold, Franz. — Schilbach, Paul. — Renneberge, Willy. — Lehner, Simon. — Langguth, Adam. — Förster, Johann. — Appold jr., Konrad. — Burkhardt, Martin. — Dentler, Hugo. — Seyschab, Georg. — Baensch, Carl. — Adam, A. — Zeißler, Fritz. — Hirschmann, Friedrich. — Gräser, Christoph. — Michel, Leonhard. — Hutzler, Leonhard. — King, Lewis. — Schönmann, Hans. — Appold, Joh. — Tölke, Conrad. — Bayerlein, Lorenz. — Hoffmann, Heinrich. — Brochier, Chr. — Ortman, Albert. — Voß. — Glier.“

Das war also am 22. März. Am 24. März kamen indessen schon die ersten Verhandlungen zustande, und am 25. März verhandelte man mit unsrer Lohnkommission 4 1/2 Stunden.* Das Ergebnis wurde protokolliert, und wir erhielten es dann übersandt als die „Beschlüsse der am 24. und 25. März 1910 in der Wirtschaft zum Kreuzlein stattgehabten Sitzungen Nürnberger Handelsgärtner“ und in diesem Wortlaut:

I. Mindestgehalt für Gehilfen ein Jahr ausgerechnet, wenn sie bei der Branche bleiben, wöchentlich 18 Mark.

II. Durchschnittsgehalt für die übrige Gehilfenschaft wöchentlich 22,50 Mk., aber nicht unter 20 Mark.

III. Die Gehalte verstehen sich ohne Wohnung; für etwaige Wohnung darf wöchentlich 2 Mark in Anrechnung gebracht werden. Die Wohnung versteht sich ohne Frühstück. Ein gegebenes Frühstück darf in diesem Falle nicht in Anrechnung gebracht werden.

IV. Bei Branchewechsel ist der Mindestlohn aufgehoben, und die Vergütung unterliegt freier Vereinbarung.

V. Gehilfen in gemischten Betrieben erhalten bei Beschäftigung auf Landschaft eine Tageszulage.

VI. Die Arbeitszeit in den Nürnberger Gärtnereien währt das ganze Jahr hindurch täglich 10 1/2 Stunden; sie ist in ihrer Einteilung möglichst zwischen früh 6 und abends 7 Uhr zu legen und kann in den einzelnen Geschäften verschieden je nach Vereinbarung zwischen Gehilfen und Prinzipalen verteilt werden.

VII. Bezüglich des Heiz- und Sonntagsdienstes kann man sich zu einer Vergütung nicht verstehen, da mit dem Wochenlohn alle Feiertage und viele Versäumnisse mit bezahlt werden.

VIII. Überstunden, welche von den Prinzipalen verlangt werden sollten, sind aufgrund des Wochenlohnes zu bezahlen. Besondere Vereinbarungen hierüber können auch zwischen Gehilfen und Prinzipalen abgeschlossen werden.

IX. Verschlechterungen der bisher bestehenden Verhältnisse dürfen nicht eintreten.

X. Maßregelungen streikender Gehilfen finden nicht statt.

XI. Die Arbeit muß Dienstag, den 29. März in vollem Umfang aufgenommen werden. (Protokollauszug, gefertigt von Alb. Ortman, Schriftführer des Handelsgärtnerverbandes, Ortsgruppe Nürnberg.)

Am 22. März also noch auf so stolzen Rossen, und am 24. März diese Vereinbarung. Das verdient gewiß Beachtung. Allerdings: die Beschlüsse des 22. März sind von der „Sektion der Arbeitgebervereinigung“ gefaßt worden, und die andern von der „Ortsgruppe des Handelsgärtnerverbandes“. Das ändert in der Form etwas, doch nicht in der Sache; denn in beiden Körperschaften handelt es sich um die gleichen Personen.

Die in den elf Thesen niedergelegten Einigungsbedingungen sind von beiden Seiten, der Prinzipals- und der Gehilfenorganisation, angenommen worden und sind jetzt in Kraft getreten.

* In der vorigen Nummer wurden der 23. und 24. März genannt, es waren aber, was hierdurch berichtigt wird, der 24. und 25. März.

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräter für sein Land ist, und obgleich beide in besonderen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der letzte, der einem andern Hilfe gibt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gesichert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er sieht nicht über den nächsten Tag hinaus, jedoch für Geld und würdelose Zubilligung wird er seine Freunde verraten, seine Familie und sein Land. Mit einem Worte, er ist ein Verräter in kleinem Maßstabe, der zuerst seine Kollegen verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

(Aus einem Urteilsspruch eines Londoner Richters.)

Die „Süddeutsche Gärtnerzeitung“ hatte gedroht, alle „Kontraktbrüchigen“ öffentlich bekannt zu machen, sie also in Verruf zu erklären. In der Nummer vom 1. April befindet sich nun aber folgende Bekanntmachung:

„Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die Arbeitseinstellung in Nürnberg beendet und die Arbeit am 29. März wieder aufgenommen worden ist. Alle aus Anlaß dieser Arbeitseinstellung erfolgten Maßnahmen usw. sind dadurch erledigt, und wir danken verbindlich für die allseitig gern gewährte Unterstützung.“

Verband bayrischer Handelsgärtner
I. A.: Albert Ortman.“

Unter welchen Bedingungen die Arbeitsaufnahme erfolgt ist, wird allerdings vollständig verschwiegen. Die Leser sollen offenbar glauben, die Gehilfen seien bedingungslos „zu Kreuze gekrochen“. (Ähnliche Unehrlichkeiten, auch über andre von uns geführte Lohnbewegungen finden wir auch im „Handelsgärtner“ und im „Handelsblatt“. Wir gedenken später diese Sache einmal besonders zu behandeln. Die Redaktion.)

Nun, das Ergebnis der Nürnberger Streikbewegung ist zwar kein glänzendes; wenn man aber alle einschlägigen Umstände würdigt, so darf man sagen: Wir können uns mit den Erfolgen sehen lassen. Ganz besonders wertvoll erscheint uns die Errungenschaft der 10 1/2-stündigen Arbeitszeit. Daß die Bestimmungen über die Löhne zumteil noch etwas unklar und unbestimmt lauten, muß man den schon angedeuteten Umständen und der Hast zuschreiben, mit der sie geschaffen wurden. Ebenso darf man darüber hinwegsehen, daß an einer Stelle die Form des Dekrets („wir bestimmen“) hineingeraten ist.

Aufgabe der Nürnberger Kollegen wird es sein, das Errungene weiter auszubauen und zu sorgen, daß der Aufstieg nicht wieder ins Stocken kommt. Jeder noch Fernstehende muß in die Organisation und muß sich darin ausbilden zu einem echten Gewerkschaftler.

Kollege Joh. Rolke-München schreibt uns noch:

Nürnberg, zur Zeit prozentual die bestorganisierte Stadt in Bayern, hatte einen Streik von kurzer Dauer zu bestehen. Die Forderungen wurden dem einzelnen Arbeitgeber zugestellt. Die Antwort, die uns zuteil wurde, war die allgemein übliche: „Wir geben nichts. Mit der Kommission wird nicht verhandelt. Wenn sich ein Gehilfe zu schlecht bezahlt fühlt, soll er sich an seinen Meister wenden.“ Aus einer solchen Antwort geht so recht deutlich der Klassenunterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervor. Wie ironisch das klingt: Wir geben nichts. So mancher Kollege wird diesen Satz schon öfter vernommen haben, wenn er durch Schicksalsschläge (Arbeitslosigkeit oder Krankheit), durch Hunger und Kälte dazu gezwungen war, vor fremder Leute Türen um Almosen zu betteln. Die Antwort klingt mir heute noch in den Ohren, nachdem ich sie von dem 1. Vorsitzenden des bayrischen Handelsgärtner-Verbandes (Ortsgruppe Nürnberg) hörte, als ich neben seinem Mistwagen einherlief und so kurz und bündig abgefertigt wurde: „Wir geben nichts.“ Die Antwort der Gärtnergehilfen war jetzt eben so kurz und bündig: „Wir wollen keine Almosen, sondern fordern unser Recht.“ Ein Entrüstungssturm ging durch die vollzählige Versammlung bei Bekanntgabe der Antwort. So manchem Kollegen ist erst in diesem Moment zum Bewußtsein gekommen, wie groß die Kluft ist zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und wie geringschätzig der Arbeitgeber vom Arbeiter denkt. Und demgegenüber: Wie notwendig brauchen die Unternehmer uns, damit sie leben können auf Kosten andrer!

Bei dieser Situation darf es einen auch nicht wundern, wenn einstimmig beschlossen wurde, die Arbeit einmal ohne weiteres auf einige Tage ruhen zu lassen.

Ach, und wie schön sah es aus, Meister, die das ganze Jahr wenig arbeiten, jetzt im Schweiß ihres Angesichts ihr Brot verzehren zu sehen. Sei

es nun aus Sehnsucht nach ihren Gehilfen oder aus Furcht vor der Arbeit, kurz: die ablehnende Haltung der Meister schlug bald um, und siehe da, was vor 24 Stunden „unmöglich“ war, war auf einmal zur Möglichkeit geworden; man unterhandelte mit den Leuten, die man vorher als vaterlandsloses Gesindel betrachtet hatte, volle 8 1/2 Stunden. Und wie lehrreich waren die Unterhandlungen! Man spürte nichts von „Bomben“ und „Revolvern“ auf Seite der Lohnkommission der Gehilfen, sondern die Meister hatten bald eingesehen, daß wir keine verderbenbringenden Elemente sind. Man nahm Punkt für Punkt durch und einigte sich, ohne einander in die Haare zu fassen. Wenn auch manchmal die Gegensätze heftig aufeinander platzten, so gelang es dem Vorsitzenden immer wieder, die streitenden Parteien auf die eigentliche Grundlage zurückzuführen. Die Absicht, einen Tarifvertrag abzuschließen, wurde aufgegeben, und man einigte sich auf eine Vereinbarung, die von beiden Seiten angenommen wurde.

Nürnberg ist ein Beispiel mehr, wie es die Handelsgärtner nicht machen sollen. Erst setzt man sich aufs hohe Roß, und zuguterletzt ist man ja doch durch die Verhältnisse zum Verhandeln gezwungen, weil man eben selbst die Arbeit nicht machen will.

Joh. Rolke.

Wochenbericht über die Lohnbewegungen.

Barmen. Soweit unser Einfluß reichte, ist die Arbeitseinstellung in allen Firmen, die den neuen Tarif nicht anerkannten, erfolgt. Leider sitzen in den größten Bruchfirmen nur Unorganisierte, die mit ihrer Lage zufrieden sind, wo wir den Unternehmern infolgedessen nichts anhaben können.

In der Landschaftsgärtnerei arbeitet das Gros zu den neuen Tariflöhnen, nachdem auch in der größten Firma Stubing die Lage durch Verhandlungen zu unsern Gunsten geklärt ist. Bei solchen und ähnlichen Fällen wäre nur zu wünschen, daß unsre übereifrigen Kollegen mehr Ruhe und taktische Klugheit entwickelten und nicht so viel auf die unverantwortlichen Ratgeber hören, die durch ihre Hintertreppolitik das Vertrauen zur Leitung zu untergraben suchen und sich später den Teufel um die Folgen kehren. Diese Fälle haben wir nun grade genug erlebt, und aus ihnen manches gelernt.

Link.

Bremen. Am Freitag, den 1. April fand die letzte Versammlung vor dem Streik statt. Die Kündigungsfrist lief am Sonnabend, den 2. April, ab. Die Versammlung war von 160 Kollegen besucht. Die notwendigen Anweisungen und Maßregeln wurden erteilt. Die Versammlung war von einer entschlossenen Stimmung beseelt, und die Tatsachen haben uns nicht enttäuscht. Montag, am ersten Streiktag, meldeten sich bis mittags 12 Uhr 133 Streikende aus 58 Firmen. Außerdem meldeten sich 42 Kollegen, die in 6 Firmen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Wird das Bremer Unternehmertum nun belehrt sein? Oder wird es die Vogelstraßpolitik des „Handelsblatt“ treiben? Es gibt doch mal heitere Momente in diesen ersten Zeiten. — Die Bedeutung des Kampfes in Bremen kann man ermesen, wenn man weiß, daß 1907 an dem siegreichen Kampf nur 80 Personen in die Streiklisten eingetragen waren. Die Bremer Kollegen haben gelernt zu kämpfen.

Coblenz a. Rh. Die Firmen haben allgemein Lohnerhöhungen bewilligt, sodaß ein Ausstand überflüssig wurde. Von einem Kollegen muß gerügt werden, daß er sich als Feigling benommen hat. Um nicht das Odium eines „Streiker“ auf sich zu laden, was doch in Wirklichkeit eine Ehre ist, verduftete er und reiste schnell nach Frankfurt a. M.

Dresden. In der bekannten Baumschule von Paul Hauber in Tolkewitz bei Dresden legten am 4. April 36 Gehilfen die Arbeit nieder. Die Kollegen hatten ihrem Chef die Bitte unterbreitet, anstelle des bisherigen Monatslohnes die

wöchentliche Lohnzahlung einzuführen. Weiter die Arbeitszeit auf 10 Stunden pro Tag zu reduzieren und Überstunden mit 30 Pfg. zu entschädigen. Die Antwort auf die Bittschrift lautete von dem reichen Herrn Hauber: „Heraus aus meinem Grundstück!“, welchem Verlangen die Kollegen Folge leisteten. Während in allen übrigen Dresdener Großfirmen der Wochenlohn durchgeführt ist, sträubt sich Herr Hauber noch gegen die Einführung in seinem Geschäft. Alle Überstunden müssen von den Gehilfen umsonst verrichtet werden, das verlangt nach Haubers Auffassung das „Geschäftsinteresse“. Von den 36 Streikenden haben nur 3 Mann einen Monatslohn von über 70 Mk. gehabt. 10 Kollegen hatten Wohnung im Geschäft. Mit einem monatlichen Lohn von 50 bis 70 Mk. mußten die Kollegen bisher ihr Dasein fristen, die zumteil das Einjährigen-Zeugnis besitzen und Gartenbauschulen besucht haben. Selbst die in dem Betrieb mit beschäftigten Arbeiter erhalten pro Stunde 30 bis 35 Pfg., demgegenüber die Gehilfen 16 bis 25 Pfg. pro Arbeitsstunde. So bewertet Herr Hauber die Arbeitskraft leistungsfähiger Gärtnergehilfen. Wir werden demnächst die beliebten Praktiken dieser Firma eingehender behandeln. — Über den Betrieb ist die Sperre verhängt. Wir ersuchen, Zuzug zu vermeiden.

Haucke.

Düsseldorf. Der offizielle Streik ist beendet. Die meisten und maßgebenden Firmen zahlen die neuen Tariflöhne. Die außenstehenden sind immer wieder die alten lieben Bekannten, die aus altem Trotz und aufgrund der Arbeitswut von Streikbrechern schlechtere Arbeitsbedingungen in ihrer Firma haben. Diesen werden wir in Zukunft ganz besonders unser Interesse widmen. Als gesperrt gelten die Firmen: Fritz Orth, Th. Dohmen, W. Holtmann, Wilh. Mehlem, O. Fröde (Lenné Nachf.), K. Hartstein, Fr. Wiehe, Faber & Co. — Arbeitsgelegenheit ist in Düsseldorf selbst nicht vorhanden; dieses allen Interessenten zur Kenntnis. Der hiesige Stellennachweis hat die Arbeitsvermittlung für den gesamten Bezirk Rheinland-Westfalen, und sollten alle Kollegen es einsehen, daß auch nach auswärts zu besetzende Stellen angenommen werden müssen, und nicht alle in Düsseldorf, Hamburg oder andern Anziehungspunkten arbeiten können.

Link.

Hamburg. Der Streik der Handelsgärtnergehilfen in Hamburg dauert unverändert fort. Die Hoffnung der Unternehmer, zum 1. April Arbeitswillige zu erhalten, hat sich nicht erfüllt. Es ist unsern Kollegen gelungen, etwa 15 Arbeitswillige wieder abzuschließen, resp. schlossen sie sich der Bewegung an. Der Stand ist ein vorzüglicher, und es ist bei allen Beteiligten der feste Wille vorhanden, unbedingt auszuhalten. Es bröckelt bei den Unternehmern jetzt auch schon ab. Acht Betriebe haben die neuen Forderungen anerkannt. Wenn der Streik nochmal 14 Tage gedauert hat, dann werden die meisten Unternehmer gezwungen sein, zu bewilligen.

Der Gärtnerbesitzer Seemann hat zwei Rausreißer von der Station Wandsbeker Chaussee mit einem Auto abgeholt, die von Berlin gekommen sein sollen. Verhaftet wurden bis jetzt zwei Streikposten; den einen entließ man nach fünf Minuten wieder, den andern ließ der Schutzmann wieder gehen, ehe sie die Wache erreicht hatten. Die Unternehmer haben am 1. April beschlossen, nur solche Gehilfen wieder einzustellen, die dem Verbande den Rücken kehren. Unter den Streikenden herrscht eine vorzügliche Stimmung.

O fenbach a. M. Sechs Firmen (Elsässer, Ww. Gebhardt, Ww. Olbrich, Berz, Zindel & Degelmann, Sommer) haben den Tarif anerkannt und unterzeichnet. Damit arbeiten bereits über die Hälfte der Kollegen nach den neuen Bedingungen. Die andern Firmen werden noch scharf aufs Korn genommen.

Remscheid. Seit acht Tagen ist ein scharfer Kampf im Gange, der beiderseits auch in der örtlichen Tagespresse mit allen Mitteln geführt wird. Da es uns gelang, alle Betriebe (bis auf Wörner und Walter Müller-Hasten) vollständig still zu legen, kann der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein, da wir bisher auch alle Arbeits-

willigen abdingen oder herausholten, soweit sie in Arbeit traten. Einige Invaliden und sogenannte „Speckjäger“ werden den Kohl nicht fett machen. Die Polizei leistet den Unternehmern Helferdienste. So wurde ein zugereister Kollege am Bahnhof von zwei Schutzleuten abgeholt, zur Elektrischen gebracht und dann von zwei Kriminalisten eskortiert. Anders Tages flog der Vogel aber wieder aus. Noch acht Tage solch Zusammenhalt und gleiches Wetter, und der Ring der Unternehmer wird gesprengt sein.

Rundschau.

Berlin, den 5. April 1910.

Im Baugewerbe ist der Krieg entbrannt. Zwar noch nicht auf der ganzen Linie, aber die ersten Schüsse sind bereits gewechselt. Im Rheinland sind vonseiten der Unternehmer schon große Massenkündigungen erfolgt, ebenso in Bayern. Sonst steht die Sache auf des Messers Schneide. Der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe hat ein Ultimatum gestellt, und die Zentralverbände der Bauarbeiter (Zentralverband der Maurer, Zentralverband der Bauhilfsarbeiter, Zentralverband der Zimmerer und christlicher Bauarbeiterverband) haben auf ihren am 4. und 5. April in Berlin stattgehabten außerordentlichen Verbandstagen einstimmig beschlossen, das Ultimatum abzulehnen und, wenn dieses nicht zurückgezogen wird, den ihnen aufgedrängten Kampf aufzunehmen.

Die erbitterten Lohnkämpfe des Jahres 1907 hatten zur Verträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt, die in den letzten Jahren, in denen freilich das Baugewerbe ohnehin daniederlag, den Frieden im Gewerbe gewährleisteten. In diesem Frühjahr aber laufen die Verträge ab, und neue Abkommen sind bisher, mit Ausnahme in Hamburg, nicht abgeschlossen worden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich nach Möglichkeit für die vertragslose Zeit gerüstet, indem sie ihre Organisationen weiter auszubauen suchten. Den ersten Streich hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe geführt. In seiner Hauptversammlung, die am 22. März in Dresden stattfand, hat er einen Beschluß gefaßt, wonach die Ende März abgelaufenen Tarifverträge nach einem vorgeschriebenen Vertragsmuster erneuert werden sollen. Durch dieses Vertragsmuster wird unter anderem bestimmt, das der Abschluß der Tarifverträge zentral, daß heißt durch den Arbeitgeberbund einerseits, durch die Zentralverbände der Arbeitnehmer andererseits erfolgen soll; daß weiter die Vereinbarung der geeignetsten Lohnmethoden für die einzelnen Verbände (Einheits-, Staffel- oder Durchschnittslohn) gesichert werden soll; daß die Akkordarbeit im Verträge gesichert werden soll; daß die unparteiatischen Unternehmer-Arbeitsnachweise gesichert werden sollen; daß endlich eine geringere als dreijährige Vertragsdauer ausgeschlossen sein soll.

Die Bedeutung der Zumatungen wird am besten in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht:

Die Verbandstage der Zentralverbände der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands dokumentieren aufs neue und in vollster Einmütigkeit mit der Gesamtheit der Mitglieder, daß sie unverrückbar festhalten an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag. Die Zentralverbände bekennen sich damit zu wiederholten Malen zu friedlich-schiedlichen Verhandlungen mit den Organisationen der baugewerblichen Unternehmer, um auf dem Boden uneinrächtiger Parität einen gerechten Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiter und Unternehmer herbeiführen zu helfen.

Unbeschadet dieser grundsätzlichen Erklärung müssen die Verbandstage es jedoch ablehnen, aufgrund der vorliegenden Anträge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verhandeln, da es ein völlig unfruchtbares Beginnen wäre, Tarifverträge durchzuführen, die das Vertragsmuster des Arbeitgeberbundes als Grundlage haben.

Insbesondere lehnen es die Verbandstage ab, daß die Tarifverträge abgeschlossen werden zwischen den Zentralvorständen der Organisationen, Träger der Tarife müssen bisher die örtlichen Organisationen sein, denn diese sind es, die den Vertrag in allen Stücken und in erster Linie durchzuführen haben. Den Zentralvorständen bleibt die Aufgabe, die Durchführung der Tarife zu überwachen, Konflikte, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, vorzubeugen und die verbleibenden Differenzpunkte letzten Endes zu schlichten.

Ebenfalls müssen die Verbandstage es ablehnen, in einem Vertragsmuster Durchschnitts- oder Staffellohne festzulegen. Völlig unannehmbar für die Zentralverbände ist auch jede einschränkende Bestimmung bei der Lohnfestsetzung, soweit nicht alte, invalide und jugendliche Arbeiter in Betracht kommen.

Völlig undiskutierbar sind für die Verbandstage die Forderungen des Arbeitgeberbundes betreffend Akkordarbeit und Arbeitsnachweise.

Die Verbandstage legen Wert darauf, festzustellen, daß sie in der Frage der Akkordarbeit keine Änderungen des gegenwärtigen Zustandes anstreben, ihre Regelung vielmehr den örtlichen Organisationen zuweisen. Dagegen werden die Zentralverbände niemals einer Regelung der Akkordarbeit in dem Sinne zustimmen, wie sie der Arbeitgeberbund fordert, wonach den Arbeiterorganisationen jeder Einfluß auf die Akkordarbeit, insbesondere auch auf die zu zahlenden Löhne, genommen werden soll.

Der Zweck der von dem Arbeitgeberbund geforderten Arbeitsnachweise ist durch die Führer des Bundes selbst so klar gekennzeichnet, daß sie auch ohne die praktische Erfahrung der Arbeitgebererschaft als Maßregelungsbüro bekannt sind. Die Zentralverbände haben längst erkannt, daß mindestens in den Großstädten die Arbeitsvermittlung einer Regelung bedarf. Dies kann jedoch nur auf dem Boden vollster Parität geschehen, und die Zentralverbände erklären sich zu wiederholten Malen bereit, gemeinsam mit den Unternehmerorganisationen an die Lösung dieser Aufgabe heranzutreten.

Schließlich müssen die Verbandstage unter allen Umständen darauf bestehen, daß der Arbeitgeberbund seine zwar außerhalb des Vertragsmusters, aber damit im Zusammenhang stehenden Beschlüsse über Lohnhöhe und Arbeitszeit aufhebt. Den Zentralverbänden der Maurer und Bauhilfsarbeiter ist es unmöglich, Verträge einzugehen oder überhaupt über ein Vertragsmuster zu verhandeln, wenn nicht zuvor die Bahn frei gemacht ist für die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden, zunächst in den großstädtischen Arbeitsgebieten, wo es eine unabwendbare Notwendigkeit ist, und wenn ferner nicht eine vorherige Verständigung darüber erzielt wird, daß die Löhne den teuren Lebensverhältnissen entsprechend aufgebessert werden sollen.

Die Verbandstage der Maurer und baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands wiederholen, daß sie gern bereit sind, einen vertraglichen Zustand herbeizuführen und für den Frieden im Baugewerbe eine dauerhafte Grundlage schaffen zu helfen, sie können das aber nur, wenn der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe seine der Parität hart ins Gesicht schlagenden Forderungen fallen läßt und sich wie die Zentralverbände zu der Tarifierung bekennt, die eine notwendige Vorbedingung für Tarifverträge ist!

Von den beschlossenen außergewöhnlichen Maßnahmen für die Lohnbewegung seien folgende genannt. Alle Mitglieder des Verbandes, die während der Lohnbewegung im Baugewerbe arbeiten, sind verpflichtet, neben dem regelmäßigen Verbandsbeitrag und den örtlichen Zuschlägen einen besonderen Streikbeitrag zu leisten, der pro Tag je nach der Höhe des Stundenlohnes 10 Pfg. bis zu 1 Mk. beträgt. Für die Streikunterstützung, die nur an Mitglieder, aber auch an solche gezahlt wird, die erst während der Bewegung dem Verbandsbeiträge und bis zum 1. April ihre Beiträge nachzahlen, ist eine 14tägige Karenzzeit festgesetzt. Für die ersten 14 Tage des Kampfes wird keine Unterstützung gezahlt, auch nicht aus örtlichen Mitteln.

Die Beamten beider Verbände werden für die ersten 14 Tage auf ihr Gehalt verzichten und für die weitere Dauer des Kampfes 25 Proz. ihres Lohnes als Streikbeitrag zahlen.

Auf Vorschlag des „Grundstein“-Redakteurs Winnig wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die es den Mitgliedern beider Verbände nicht nur zur Pflicht macht, sich gemäß den Beschlüssen des Leipziger Parteitags des Schnapsgenusses zu enthalten, sondern auch während der ganzen Lohnbewegung überhaupt keine alkoholischen Getränke zu sich zu nehmen.

In den Lokalen, wo die Mitglieder sich zur Kontrolle zu melden haben, soll allorts dafür gesorgt werden, daß keinerlei Trinkzwang besteht.

Die Vorstände haben beschlossen, daß während der Bewegung keinerlei Übertritte von der einen Organisation in die andre zulässig sind. — Es wird von allen übrigen Verbänden, die Bauarbeiter in ihrer Mitte haben, erwartet, daß sie diese in Bezug auf Unterstützung und Karenzzeit ebenso behandeln, wie es hier beschlossen ist; und ebenso wird erwartet, daß diese Verbände keine Mitglieder aus den Bauarbeiterverbänden aufnehmen, es sei denn, daß tatsächlich Berufswechsel vorliegt.

Korrespondenzen.

Eschersheim-Frankfurt a. M. Es ist höchste Zeit, die Kollegen über die Verhältnisse in Eschersheim einmal aufzuklären. Die Kollegen meinen hier ein Paradies zu finden, ziehen aber nach kurzer Zeit enttäuscht von dannen. Eine Blüte des Kost- und Logiszwanges findet man in der Firma Starkemann. Die sogenannte Wohnung ist direkt neben dem Pferdestall, daher sehr naß und ungesund. Sie ist 5 m lang, 4 m breit und 2 m hoch; hier hausen 4 Personen. 2 Gartenstühle, 3 Kleiderschränke, 5 Betten und 4 Waschbecken — das ist der Inhalt der traurigen Bude. Ein Tisch ist ein überflüssiges Möbel, denn in der Waschküche, wo die Kollegen ihr trauriges Mahl einnehmen müssen, steht ja solcher. Die Kost wird sehr bemängelt; ein Kollege meinte: „Zum Verhungern zu viel, zum Sattessen zu wenig.“ Schlecht ist auch die Behandlung. Durch anständige (?) Ausdrücke und tätliche Drohungen werden die Leute „zu Respekt“ gezwungen. Organisierte beschäftigt Herr St. nicht; er bekommt natürlich auch keine, oder sie gehen bald wieder weg.

Die Weltfirma Sinai erfreut sich eines besonders guten Rufes, deshalb kommen auch soviel meist junge Kollegen, um hier etwas zu lernen. Sind sie ein paar Wochen da, dann haben sie meist schon — ausgelernt. Das heißt, sie gehen gerne wieder fort; denn wenn man wochenlang

oder immer nur mit Hacken und Spaten umgeht, dann lernt man diese Arbeiten bald. Früher wurden die Kollegen wie auf dem Kasernenhofe angeschnauzt. Jetzt werden sie gefragt, ob sie zu Besuch da sind, sobald sie sich, bei der gleichförmigen Arbeit, durch Antreiber gehetzt, einen Moment emporrichten. Der Lohn beträgt für jeden Anfänger 3 Mk. den Tag, in Ausnahmefällen 3,20 Mk. Mit diesem Lohn kann niemand bestehen. Die Auch-Kollegen, die Spionendienste machen, ihre Mitkollegen elend verraten, erhalten Zulage, außerdem bessere Arbeit. Jede kurze Frist des Aussetzens, die ein Kollege braucht, sich anzumelden oder sonstiges zu verrichten, wird abgezogen. —

Deshalb auf, Kollegen, in die Organisation! Es gibt keine Verbesserung der Lebenslage ohne diese. Wir müssen endlich einmal als starke Macht dastehen, daß die Herren Scharfmacher nicht mehr Vertrauensleute maßregeln, oder überhaupt organisierte Kollegen wieder zum Fortgang zwingen. Nochmals: Auf, Kollegen, die Ihr noch fernsteht, tretet ein in den A. D. G. V., zeigt, daß ihr keine feigen Memmen seid, keine Verräter an Kollegen, die für Euch mitkämpfen, die auch in vielen andern Städten bessere Verhältnisse geschaffen haben für Euch, die Ihr noch immer hier am Orte bleibt und doch die Vorteile genießt, die errungen wurden. —m.—

Stuttgart. Über die Firma Ernst Schneck, Gemüsegißnerei in Fellbach bei Stuttgart, wird uns eine Schilderung zugesandt, der wir das folgende entnehmen: Herr Schneck ist ein ziemlich grober Mensch. Als ich gekündigt hatte, ging z. B. das Geschimpfe in folgender Entladung los: Lausbub, Zigeuner, Rotzlöffel, Koffer dreckiger, Bürsche liederliches, Aff und so weiter. Daß ich mir dies nicht ruhig gefallen ließ, wird man erklärlich finden. Am Ende ging Herr Sch. mit der Gabel auf mich los; nur durch zweimaliges Abspringen vom Wagen konnte ich mich vor einem Unglück retten.

Über die Gehilfenwohnung wird berichtet: Die Bude befindet sich unterhalb des obersten Gipfels zuerst. Zehn Treppen (soll wohl heißen: Stufen. D. Red.) hinauf, dann durch ein Loch geschlüpft und dann wieder 2 bis 4 Treppen (Stufen) hinunter, so gelangt man endlich in dieses Heim, das von Schmutz starrt. Die Möbeleinrichtung besteht aus Bett, Stuhl, unverschließbarem Schrank und einem alten Kinderwagen. Raum zum Bewegen ist nicht vorhanden. Das Bett steht so unter der Dachwand, daß man sich darin nicht aufrichten darf, will man nicht die Schädeldecke einrennen. Waschgelegenheit gibt's im Pferdestall. Wenn im Garten kein Wasserhahn läuft, dann spuckt man sich in die Hände und reibt sich mit dieser Flüssigkeit ab. — Da unser Gewährsmann schreibt, daß auch kein Handtuch geliefert wird, so ist wohl anzunehmen, daß jeder seinen Rotzlappen (zu hochdeutsch Taschentuch, süddeutsch Sacktuch) als Handtuch verwenden muß. Soll man wohl möglich halten, daß noch derart unkultivierte Zustände bestehen können?

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Straße 3. Fernsprecher: Amt 3, 5382.

Vorsitzender: Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort, Straße und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

— Sonntag, den 10. April, ist die 15. Beitragswoche fällig.

— Rostock. Die Adressen der Vertrauensleute sind folgende: Vorsitzender: P. Hagen, Karlstr. 12, pt.; Kassierer: A. Baustian, Wokreuter Straße 1.

— Herne i. W. Der Vertrauensmann J. Pesche wohnt jetzt Wanne i. W., Bahnhofstr. 97, II.

Inhalts-Übersicht zu No. 15.

Die Ganz-Schlauen! — Terrorismus. — Die „Christen“ auf Mitgliederfang. — Staatsbetriebe — Musterbetriebe. — Über die Gärtnerei im städtischen Krankenhaus in Offenbach a. M. — Noch einmal: Die Entwicklung der Lohnverhältnisse der Gärtner in den Kranken- und Irrenanstalten in Hamburg. — Zum Tarifvertrag in der Hamburger Landschaftsbranche. — Verlauf und Ergebnis der Lohn- und Streikbewegung in Nürnberg. — Wochenbericht über die Lohnbewegungen. — Rundschau: Der Krieg im Baugewerbe entbrannt. — Korrespondenzen: Eschersheim-Frankfurt a. M.; Stuttgart. — Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Heidenmission. — Ax unser Volk!

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Reizzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alle Zweige der Gärtnerbetreffende, gründliche (192A+) wissenschaftliche Fach-Ausbildung

erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen Gärtner-Lehranstalt Köstritz

der stärksten besuchten höheren Fachschule für Gärtner.

I. Kursus für Gehilfen.
II. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.

III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.

IV. Kursus f. Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Hermann Meusser

Spezialbuchhandlung f. Gartenbau
BERLIN W. 35/105, Steglitzerstr. 58



(1399)

hält alle gärtner. Bücher auf Lager. Soliden Bestellungen wird b. Aufträgen v. 10 Mk. an ein Konto eröffnet, auf das monatl. 3 Mk. zu zahlen sind. Frankolieferung überallhin. Katalog gratis. Jede Auskunft wird gern erteilt. Mein guter Ruf, erworben durch eine langjähr. reelle Geschäftsführung, gewährleistet eine gute Bedienung meiner Kundschaft.



Wenn Sie gute u. billige ital. Eierleger wünsch., bitte meinen illust. Katalog gratis zu verl. Taus. Anerk. Beckers Geflügelhof, Weidenau Sieg. (m.1327/21)

Gärtner-Lehranstalt

Institut der Landwirtschaftskammer.

Gegr. 1897.

Die Anstalt bietet Gehilfen Gelegenheit zur gründlichen theoretischen Ausbildung auf allen Gebieten der Gärtnerei.

Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnereien von Berlin und seiner Umgebung. Kursusdauer 1 Jahr.

7 etatsmäßig angestellte Lehrkräfte.
Billige Pension in der Anstalt. Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Auskunft kostenfrei durch Die Direktion. (1290.8.12.15.)



Oranienburg bei Berlin

Beginn des Sommersemesters am 19. April 1910.

(Späterer Eintritt nach Vereinbarung).

Krankenkasse für deutsche Gärtner.

Jahres-Abschluß pro 1909.

Einnahmen:	Mk.	Ausgaben:	Mk.:
Bestand 1. Januar 1909	23059,71	Krankengelder u. Krankenhhs.	310016,47
Eintrittsgelder	13217,50	Arzt	146243,13
Beiträge	592101,36	Apotheke	62421,22
Sonstige Einnahmen	4276,30	Sterbegelder	9166,25
Reservefonds	407358,16	Verwaltungskosten etc.	78818,71
Zinsen	14219,99	Sparkasse und Hypotheken	447567,24
	Mk. 1054233,02	(1409)	Mk. 1054233,02

Hamburg, den 15. März 1910.

Der Hauptvorstand.

C. Busse. G. R. Hexer. J. Schwarck. A. Stamme. H. Gepper. V. Gustedt.

S. Kunde & Sohn Dresden
(Obiges Zeichen schützt vor Nachahmungen)
Dresdener Werkstätten für leistungsfähigstes Schneide- und Handwerkzeug für Gärtner und Baumzüchter.
S. KUNDE & SOHN Dresden-A. 38 Kipsdorfer Straße.
(Gegr. 1787.)
Preisverzeichnis steht stets unentgeltlich und portofrei zu Diensten.

Verlangen Sie kostenlos auch unsere Schrift „An die Verbraucher von Schneidewerkzeug“ nebst Ratschlägen und Anleitungen zum richtigen Gebrauch feiner Schneiden.

Tochheim a. Elbe = bei Barby = Gasthof mit Saal u. Erholungsheim
28 gutmöblierten Logierzimmern, 4 Morgen großem Obst- und Gemüsegarten, sofort zu verpachten.
Kaiserbrauerei, A. & W. Allendorff-Schönebeck Elbe.

Wilhelmstrasse 125
Ecke der Hedemannstraße
Laden mit grossem Schaufenster
und Schlafkammer billig zu vermieten.
Blumengeschäft f. d. Gegend lohnend und Bedürfnis. (i.1302 b.w.)
Näheres in der Apotheke.

Eine Gärtnerei
2 Morgen groß, in Nähe der Ostseebäder, mit Treibhaus und Wohnung, ist umständehalber sofort preiswert zu verpachten. Auskunft erteilt
A. Blum, Zimmermeister, Usedom.

Steckzwiebeln

gelbe runde kleine 10 Pfd. (ca 5100 St.) 3,00 Mk. franko Nachn. (m.1297/15)
Zwiebelsamen, Zittauer gelbe Riesen, 95%
keimfähig. Pfd. 2 Mk.
D. Anderman in Brody 2, via Breslau

Helmert & Renck, Harburg (Elbe)

Billigste Bezugsquelle in (1207/34 m2)
Kautschuk für Blumenbinderrollen.

Folgende Partieposten sind billig zu verkaufen:

- 1 Posten Stanniol p. Rolle Mk. 1,76
- ca. 500 kg Statze, à kg Mk. 1,25, Postkoll Mk. 6,—
- ca. 500 kg Div. Zapfen, à kg Mk. 60,—
- ca. 20000 St. Taucrappwachsrosen, 1/2 Mk. 1,25, 2,50, 3,50
- ca. 10000 St. Tawwachsgoldregen, 1/2 Mk. 8,50
- ca. 4000 Gr. Hexbeeren, 10 Grs. Mk. 1,50, 1,90, 2,30
- ca. 5000 Gr. div. Kranz- und Körbchenblumen und Blätter, 10 Gr. sort. Mk. 4,—
- Wachs, p. Postkoll Mk. 3,60
- ca. 200 kg Holzbast, natur und farbig, kg Mk. 0,90 u. 2,—
- Holzbast, Abfall, alle Farben, kg Mk. 1,20
- ca. 10000 St. Cycas, fehlerhaft, in Längen sort. 100 St. Mk. 8,—
- ca. 1000 kg ff. Manschettenpapier, nur gangbare Farben, Postkoll = 600 Bogen Mk. 3,45
- Crêpepapier, Rolle 3, 5, 13, 27 Pfg.
- Wachsdahlen, 10 cm groß, 1/2 Mk. 2,60
- Wachschrysanthemum, 8 cm groß, 1/2 Mk. 1,50, 12 cm groß, 1/2 Mk. 2,60. (1390/15)

Hermann Hesse, Dresden, Scheffelstr. 10-12.

Anerkant leistungsfähiges Weithaus dieser Branche! Man vergleiche Qualität und Preise mit anderen Angeboten!

Versand kleiner Posten bis

Mk. 20,— erfolgt p. Nachnahme.

Größere Posten gegen Referenzen.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrslokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorauszubezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen, Rest. zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarmer, Alleeestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. Stellennachweis, Unterstützung und Büro: Albertstr. 49, 1. (1022)
Barmen, Gasthaus: Albert Vogel, Rödigerstr. 16. Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 3. Samstag im Monat. (1023)
Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal. Herberge. Stellenausgabe. 11—12 Uhr ebenda.
Berlin W., Vorbergstr. 9. Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Vslg. jeden Donnerstag vor dem 15. jeden Sonntag früh: Zochmorgen.
Blankenese, Rest. Bernh. David, Döckenhuden, Bahnhofstr. Vslg. Sonntag nach d. 1. u. 15. (1025)
Braunhweig, Schöpfenstedterstraße 3, „Zum schwarzen Roß“, Verkehrs., Vslg. jd. 2. u. 4. Sbd.
Chemnitz, J. Matters unt. Hainstr. 7. Vslg. jd. 2. Samstag im Monat. Arbeitsnachw. u. Unterst. Kollege Jos. Donath, Sidoniensr. 22.

Cöln a. Rh., Rest. Arenz, Weyerstr. 112. Vslg. Samstag nach d. 1. u. 15. (1029)
Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13. „Dresdener Volkshaus“, Verkehrs. u. Herberge.
Dortmund, Ostwall 17, „Zum Bienenhaus“, Inh. Menteler, Verkehrs., Herberge u. Stellennachw. Vslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030)
Düsseldorf, Wallstr. 10, 11, Büro und Herberge. Telefon: 5279.
Elberfeld, Volkshaus, Hombücherstr. Vslg. jed. 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032)
Frankfurt a. M., Gewerkschaftshaus, am Schwimmbad u. Stoltzestr. 13—15. Vslgs.-Lokal d. Ortsv. u. Bez. Frankfurt. Herberge ebenda.
Grunewald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verkehrs. Vslg. Sonnabend n. d. 1. j. M. Gut. Mittagstisch.
Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstr. 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 2. u. 4. Dienstag im Monat. (1038)

Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10—12 Uhr. (1037)
Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (1039)
Leipzig, Volkshaus, Zeitler Straße.
Lübeck, Verkehrslokal: „Restaurant Olof“ 7. Querstraße.
Magdeburg, Knochenhauerufer-Straße 27—28, Eingang Packhof-Straße, 1 Treppe. Verkehrslokal Zentralherberge: Kleine Klosterstr. (1041)
München, Rest. Höggerbräu, Thal 75. Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden 4. Samstag im Monat. (1043)
Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschaftshaus, Paul Rozycki, Kreuzstr. 3—4, Verkehrslokal des Zweigvereins. (1045)
Steglitz, Verkehrslokal bei Fritz Romann, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloß-Straße 117, Vslg. Donnerstag nach 1. u. 15. (1048)

Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstraße 5, Vereinslokal. (1044)
Solling, Vereinslokal und Herberge „Gewerkschaftshaus“, Kölnerstr. 45. Vslg. alle 14 Tage. (1045)
Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211. (1046)
Stuttgart, Gewerkschaftshaus, EBlinger Str. Nr. 17—19. Stellennachweis: Städt. Arbeitsamt.
Weißensee, Rest. Aug. Reimann, Würtstr. 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (1052)
Wiesbaden, Verkehrslokal Gewerkschaftshaus Wehlitzstr. 41. Stellennachweis und Unterstützung: Wallramstr. 20 pt. (1053)
Zürich, Rest. Eintracht, Neumarkt 5. Vslg. alle 14 Tage Samstags. Auskünfte dortselbst.